

**Sitzung  
des Hauptausschusses  
am  
08.03.2018**

im Sitzungssaal des Rathauses

---

Vorsitzender:

Erster Bürgermeister Dr. Tobias Windhorst

Stadträte (stimmberechtigt):

StR Stefan Grünfelder	(Vertreter für StRin Tönshoff)
StRin Kathrin Hummelsberger	(ab Top 2)
StR Christoph Joachimbauer	
StR Marcus Köhler	
StR Werner Noske	
StR Christian Ortmeier	
StR Markus Staller	(Vertreter für StRin Demberger)
StR Alexander Wittmann	
3. Bürgermeister Günter Zellner	

Von der Verwaltung:

Sebastian Straßer

Niederschriftführerin:

Gerda Löffelmann

Entschuldigt fehlen:

StRin Marion Demberger  
StRin Angelika Tönshoff

Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:00 Uhr

**Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.**

# Inhalt

## Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Jahresrechnung und Entlastung der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorberatung)
2. Erlass der Haushaltssatzung 2018 mit Haushalts-, Stellen- und Finanzplan (Vorberatung)
3. Nachträge (entfällt)
4. Wünsche, Anregungen und Informationen  
Wohnbauförderung

## Nicht öffentlicher Teil

...

SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES  
DER STADT TÖGING A. INN AM 08.03.2018

---

Alle 10 Ausschussmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.  
Beschluss Nr.:1 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.  
Abstimmungsergebnis: Ja 8 Nein 0 Anwesend waren: 9

**Feststellung der Jahresrechnung und Entlastung der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2016 (Vorberatung)**

Gemäß Art. 103 Abs. 1 bis 3 GO i. V. m. Art. 106 GO wurde die örtliche Rechnungsprüfung für die Jahresrechnung 2016 durchgeführt. Die Prüfung fand am 06. und 13.11.2017 statt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss setzte sich wie folgt zusammen:

StR Marcus Köhler	RPA-Vorsitzender
StRin Birgit Noske	
StR Josef Neuberger	
StR Dr. Martin Huber	
StR Werner Noske	(in Vertretung für StR Marco Harrer)
StRin Kathrin Hummelsberger	

Die Prüfung wurde in fraktionsübergreifenden Prüfungsteams durchgeführt. Inhalt der Rechnungsprüfung waren vorwiegend folgende Themen:

- Wartungsverträge
- Kosten für den Straßenunterhalt
- Kosten der Tiefbehälter-Verkeimung
- Niederschlagungen
- Umsetzung der Prüfungsanmerkungen aus der Rechnungsprüfung 2015

Die Abschlussbesprechung fand am 18.01.2018 statt. Dabei wurde entschieden, dass folgende Zusammenfassung des Prüfungsberichts in Hauptausschuss und Stadtrat eingebracht werden soll:

**Wartungsverträge**

Der Rechnungsprüfungsausschuss ließ sich alle für die Stadt Töging a. Inn bestehenden Wartungsverträge vorlegen. Diese wurden mit den geleisteten Zahlungen abgeglichen und hinsichtlich der Vollständigkeit geprüft. Die noch offenen Fragen konnten durch die Mitarbeiter der Verwaltung geklärt werden. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass für gleichartige technische Anlagen, Wartungsverträge bei verschiedenen Anbietern abgeschlossen wurden. Zukünftig soll auf eine Zusammenlegung geachtet werden.

Derzeit sind die Zuständigkeiten für den Abschluss von Wartungsverträgen bei den jeweiligen Sachgebieten angesiedelt. Dies führte bereits in der Vorbereitung der Rechnungsprüfung zu Schwierigkeiten, da Wartungsverträge nicht zentral aufbewahrt werden. Durch die vielen verschiedenen Bereiche und die Verteilung der Zuständigkeit auf mehrere Mitarbeiter, konnten nicht alle Verträge zu den Prüfungsterminen vorgelegt werden.

Der RPA befürwortet eine zentrale Verwaltung aller Wartungs- und Serviceverträge durch eine Person. So ist sichergestellt, dass alle bestehenden Wartungsverträge jederzeit und zentral gesichtet werden können. Der zuständige Mitarbeiter überprüft die Ablaufzeiten der Verträge. Hinsichtlich Verlängerung, Neuabschluss etc. erfolgt ein entsprechender Hinweis an die Fachdienststelle.

### **Straßenunterhalt**

2016 wurden im Stadtgebiet mehrere Gehwegpflasterungen durchgeführt. Bei Prüfung der jeweiligen Belege wurde festgestellt, dass für jede Straße eine Baustelleneinrichtungspauschale verrechnet wurde, obwohl die Firma durchgängig vor Ort war. Die Höhe der Pauschale erschien dem RPA als zu hoch.

Die Bauverwaltung erklärte hierzu, dass die Ausschreibung der Arbeiten im Rahmen der Vergaberichtlinien erfolgte. Bei örtlicher Veränderung muss die Baustelleneinrichtung jeweils neu angesetzt werden, weshalb diese im Leistungsverzeichnis entsprechend aufgenommen wurde. Die Vergabe erfolgt im Wettbewerb mit weiteren Firmen, da im Regelfall das günstigste Gesamtangebot den Zuschlag erhält, wird die Einzelposition „Baustelleneinrichtung“ nicht gesondert bewertet.

### **Kosten der Tiefbehälterverkeimung**

Aufgrund der Verkeimung des Tiefbehälters im Jahr 2016, erhöhten sich die Ausgaben für die Laboruntersuchungen um ein Vielfaches. Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich vorwiegend mit den angefallenen Laborkosten für die Wasserbeprobungen. Die Anzahl und Häufigkeit der Untersuchungen wurde in Frage gestellt, woraufhin die Bauverwaltung erklärte, dass die Beprobungen auf Anordnung des Gesundheitsamtes durchgeführt wurden.

### **Niederschlagungen**

Bereits im Rahmen der Rechnungsprüfung 2015, wurden die bestehenden Niederschlagungen geprüft. Der RPA kontrollierte die Umsetzung der Prüfungsanmerkung des Vorjahres und stellte fest, dass viele der Altfälle inzwischen erledigt sind. Diese wurden hinsichtlich ihrer Einbringbarkeit und Existenz geprüft und entsprechend bearbeitet. Die noch bestehenden Niederschlagungen wurden als in Ordnung befunden. Eine regelmäßige Überprüfung ist sichergestellt, die Niederschlagungsliste ist auf einem sauberen und aktuellen Stand.

### **Umsetzung der Prüfungsanmerkungen aus der Rechnungsprüfung 2015**

Die im Vorjahr getroffenen Verbesserungsvorschläge und Prüfungsanmerkungen sind zum Großteil bearbeitet und erledigt. Noch fehlende Umsetzungen sind derzeit in Bearbeitung, oder können zum aktuellen Zeitpunkt nicht vollständig erledigt werden. Dies ist dokumentiert und wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft und zur Kenntnis genommen.

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, die vom Rechnungsprüfungsausschuss am 06.11., 13.11.2017 und am 18.01.2018 örtlich geprüfte Jahresrechnung 2016 gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen.**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, der Verwaltung die Entlastung zu erteilen.**

Erster Bürgermeister Dr. Windhorst nahm an dieser Abstimmung nicht teil.

SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES  
DER STADT TÖGING A. INN AM 08.03.2018

---

Alle 10 Ausschussmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.  
Beschluss Nr.:2 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.  
Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 0 Anwesend waren: 10

### **Erlass der Haushaltssatzung 2018 mit Haushalts-, Stellen- und Finanzplan (Vorberatung)**

Es haben sich seit der Klausur verschiedene, kleinere und auch größere Veränderungen ergeben. Damit ergibt sich folgender Stand:

Einnahmen Verwaltungshaushalt	19.959.400 €
Ausgaben Verwaltungshaushalt	16.535.800 €
Einnahmen Vermögenshaushalt	3.014.900 €
Ausgaben Vermögenshaushalt	7.898.850 €
Gesamthaushalt	27.858.250 €

Jeweils ohne Zuführung an den Vermögenshaushalt und ohne Kreditaufnahme bzw. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage.

Dank der guten Wirtschaftslage liegt die prognostizierte Einkommensteuerbeteiligung bei 4,8 Mio. €. Auch die Beteiligung bei der Umsatzsteuer ist mit 500.000 € so hoch wie noch nie. Im Vergleich mit den Zahlen von vor 5 Jahren ergeben sich – bei diesen Positionen - Mehreinnahmen von 1,3 Mio. €.

Auch bei der Schlüsselzuweisung von rund 2 Mio. € gibt es keinen Grund zum Klagen, da die Wirtschaftskraft der Stadt Töging 2016 verglichen mit 2015 deutlich stärker war und die Schlüsselzuweisung 2018 dennoch lediglich rund 280.000 € bzw. 12 % niedriger ausfällt als 2017.

Auch die für 2018 geplante Gewerbesteuer liegt mit 5,65 Mio. € deutlich über dem Level der letzten Jahre, wenn man vom Ausnahmejahr 2017 absieht.

Weitere wichtige Einnahmen stellen sich wie folgt dar:

Grundsteuer A und B	895.000 €
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	165.000 €
Einkommensteuerersatzleistung	350.000 €
Aufkommen an der Grunderwerbssteuer	110.000 €

Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt bestehen aus:

Personalkosten	3.721.700 €
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4.625.450 €
Zuweisungen und Zuschüsse	2.077.500 €
Sonstige Finanzausgaben	9.534.750 €

In den sonstigen Finanzausgaben ist die Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 3.423.600 € enthalten. Diese liegt damit um rund 26 % über der Zuführung vom vergangenen Jahr - gemäß der ursprünglichen Planung.

Die steigende Steuerkraft und die Stärkung der Schlüsselzuweisung hat zwangsläufig auch Auswirkung auf die Kreisumlage, die für dieses Haushaltsjahr mit 4.666.900 € angesetzt ist. Im

vergangenen Jahr mussten dafür 1,185 Mio. € bzw. 34 % weniger aufgewendet werden. Der Umlagesatz der Kreisumlage steigt von 48,6 % auf 49,9 %.

#### Wesentliche Einnahmen im Vermögenshaushalt

<b>Feuerwehr</b>	<b>57.000 €</b>
<b>Comenius-Grundschule und Mittelschule</b>	<b>1.200.000 €</b>
<b>Bücherei</b>	<b>83.000 €</b>
<b>Kindergarten St. Josef</b>	<b>164.000 €</b>
<b>Mehrzweckhalle</b>	<b>12.000 €</b>
<b>Städtebauliche Planung</b>	<b>150.000 €</b>
<b>Straßenbau</b>	<b>151.600 €</b>
<b>Abwasserbeseitigung</b>	<b>50.000 €</b>
<b>Fuhrpark (Verkauf von Fahrzeugen)</b>	<b>20.000 €</b>
<b>Sonstige Förderung der Wirtschaft (Investitionszuweisung vom Land für den Breitbandausbau)</b>	<b>200.000 €</b>
<b>Wasserversorgung</b>	<b>15.000 €</b>
<b>Unbebauter und bebauter Grundbesitz (Veräußerung von Grundstücken)</b>	<b>766.000 €</b>
<b>Allgemeine Zuweisungen (Investitionspauschale)</b>	<b>143.000 €</b>
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft:</b>	
Darlehen	<b>600.000 €</b>
Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	<b>860.350 €</b>
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	<b>3.423.600 €</b>

#### Ausgaben im Vermögenshaushalt

<b>Beschaffungen für die Verwaltung (EDV etc.)</b>	<b>69.200 €</b>
Beschaffung von Wahlkabinen	10.500 €
<b>Feuerwehr Töging</b>	<b>38.000 €</b>
FFW Spinde	28.000 €
<b>Regenbogengrundschule</b>	<b>40.200 €</b>
<b>Comenius-Grund- und Mittelschule</b>	<b>2.288.800 €</b>
Turnhallenneubau inkl. Nebenkosten	2.200.000 €
<b>Kindergarten St. Josef (Anbau einer Krippe inkl. Nebenkosten)</b>	<b>360.000 €</b>
<b>Förderung des Sports (Investitionszuschuss für die Sanierung des Sportgeländes am Harter Weg)</b>	<b>50.000 €</b>
<b>Mehrzweckhalle</b>	<b>323.800 €</b>
<b>Schwimmbade Hubmühle</b>	<b>100.000 €</b>
Einbau von Druckausgleichsbehälter im Schwimmbad Hubmühle	50.000 €
<b>Grünanlagen</b>	<b>11.000 €</b>
<b>Städtebauliche Planung</b>	<b>20.000 €</b>
<b>Straßenbau</b>	<b>510.500 €</b>
Tiefbaumaßnahme – Sanierung Wolfgang-Leeb-Straße	200.000 €
<b>Straßenbeleuchtung</b>	<b>41.000 €</b>
Straßenbeleuchtung Umrüstung auf LED	35.000 €
<b>Winterdienst (Beschaffung von Winterdienstanbaugeräten für den neuen Lkw)</b>	<b>10.000 €</b>
<b>Abwasserbeseitigung, Kanalbaumaßnahmen</b>	<b>537.400 €</b>
Betriebsanlagen Kläranlage – Erwerb einer Gasturbine	326.000 €
<b>Friedhof</b>	<b>56.000 €</b>
Tiefbaumaßnahme – Erneuerung des Vorplatzes vom Kriegerdenkmal	15.000 €
<b>Rettungszentrum (Austausch der Garagentore bei den HvO)</b>	<b>15.000 €</b>
<b>Kinderspielplätze</b>	<b>5.000 €</b>
<b>Fuhrpark</b>	<b>225.000 €</b>
Beschaffung eines Ersatzes für den Lkw	225.000 €
<b>Bauhof</b>	<b>37.600 €</b>

<b>Kultur- und Existenzgründerzentrum</b>	<b>76.000 €</b>
<b>Gewerbeförderung (Breitbandausbau)</b>	<b>225.000 €</b>
<b>Wasserversorgung</b>	<b>338.550 €</b>
<b>Städtische Gebäude</b>	<b>215.000 €</b>
Hochbaumaßnahme – Umbau und Sanierung Dornbergstraße 27	80.000 €
<b>Unbebauter Grundbesitz</b>	<b>1.065.000 €</b>
Tiefbaumaßnahme – Herstellung Mehrzweckplatz	265.000 €
<b>Schuldendienst für Kredite (Tilgungen)</b>	<b>1.240.800 €</b>

### **Schuldenstand und Schuldendienst**

Zum 31.12.2017 ergibt sich ein Schuldenstand vom 6.492.404 €.

Dieser berechnet sich wie folgt: Schuldenstand zum 31.12.2016 in Höhe von 7.362.502 € abzüglich der Tilgung für 2017 in Höhe von 870.098 €. Für 2017 wurden keine Darlehen aufgenommen; die Ermächtigung wird – soweit notwendig – als Haushaltseinnahmerest übertragen.

Der Schuldendienst (Zins und Tilgung) 2018 beträgt 1.470.550 €.

Der Schuldenstand zum 31.12.2017 liegt mit 699,16 € unter dem Landesdurchschnitt (Stand vom 31.12.2016) von 730 €. Seit 2010 lag die Stadt Töging a. Inn durchwegs über dem Landesdurchschnitt – zum Teil sogar erheblich. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite soll gemäß Art. 73 Abs. 2 GO ein Sechstel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen nicht übersteigen. Es wird vorgeschlagen, die sich so ergebenden 3,3 Mio. € als Höchstbetrag festzusetzen.

### **Allgemeine Rücklage**

Der Stand der Allgemeinen Rücklage wies - nach Abschluss des Jahres 2016 – einen Stand von 5.678.883 € auf und wurde im Rahmen des Nachtragshaushalts um 482.450 € gestärkt. Somit ergibt sich zum 31.12.2017 ein Stand von 6.161.333 €. Über den Jahresabschluss 2017 wird die Allgemeine Rücklage - in noch nicht feststehender Höhe - weiter gestärkt.

### **Zusammenfassung für das Haushaltsjahr 2018:**

Zuführung an den Vermögenshaushalt	3.423.600 €
Geplante Kreditaufnahme	600.000 €
Rücklagenentnahme	860.350 €

### **Finanzplanung**

Die Jahre 2019 und 2020 sind nach heutigem Stand finanziell machbar. Es ist jedoch jeweils eine Kreditaufnahme von 600.000 € bzw. 700.000 € und eine Rücklagenentnahme von rund 800.000 € pro Jahr notwendig. 2021 wäre aus heutiger Sicht völlig problemlos. Dies ist jedoch wohl eher der zwangsläufigen Unschärfe der Zahlen geschuldet.

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Haushaltsplan in der vorgelegten Form als Anlage zur Haushaltssatzung zu genehmigen.**

SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES  
DER STADT TÖGING A. INN AM 08.03.2018

---

Alle 10 Ausschussmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.  
Beschluss Nr.:3 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.  
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 10

**Nachträge**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.



SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES  
DER STADT TÖGING A. INN AM 08.03.2018

---

Alle 10 Ausschussmitglieder wurden ordnungsgemäß eingeladen.  
Beschluss Nr.:4 - Der Tagesordnungspunkt war öffentlich.  
Abstimmungsergebnis: Ja - Nein - Anwesend waren: 10

**Wünsche, Anregungen und Informationen  
Wohnbauförderung**

3. Bürgermeister Zellner verweist auf die Wohnraumnot. Angedacht ist dabei seitens der SPD die Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens zwischen Landkreis Altötting und den Kommunen. Als positives Beispiel führt er dazu die Burghauser BuWoG an.

**Die Information dient den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis.**